



Freie Hansestadt Bremen

**„Die Zukunft Bremens gemeinsam
gestalten“**

70 Jahre Bundesland Bremen

**Rede des Präsidenten des Senats
Bürgermeister Dr. Carsten Sieling
anlässlich des
Neujahrsempfangs des Senats
am 18. Januar 2017**



Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident Weber,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Senat, sehr geehrter Herr
Oberbürgermeister Grantz und Frau Stadtverordnetenvorsteherin Lückert, sehr
geehrte Vorsitzende der Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft, sehr verehrte
Abgeordnete unserer Parlamente, verehrte Vertreter der für Bremen zuständigen
Konsulate in Hamburg, Hannover und Bremen, sehr geehrte Bürgermeister und
Landräte aus der Nachbarschaft, sehr geehrte Frau Präsidentin des
Staatsgerichtshofs,

Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserem Neujahrsempfang hier in der Oberen
Halle unseres Rathauses und wünsche Ihnen allen ein gutes neues Jahr. Ein
herzliches Willkommen gilt meinen Amtsvorgängern, Klaus Wedemeier, Henning
Scherf und Jens Böhrnsen, sowie Herrn Bürgermeister Moritz Thape, ich freue mich
über die Teilnahme unseres Ehrenbürgers Professor Hübötter und aller
Repräsentanten der Bremer Wirtschaft und Wissenschaft und stelle mit Freude fest, dass
die gesamte Hochschulrektorenkonferenz unseres Landes anwesend ist, daneben
die Direktoren unserer wichtigsten Museen, die Vertreter der Kirchen und
Glaubensgemeinschaften, des Landeskommandos der Bundeswehr und aller
Bereiche des kulturellen, sozialen und öffentlichen Lebens in der Freien Hansestadt.

Ganz besonders herzlich begrüßen möchte ich unseren Ehrengast, die ehemalige
Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Frau Prof. Dr. Gesine Schwan.
Sie kommt heute auch als Gründungsmitglied der HUMBOLDT-VIADRINA
Governance-Plattform und als Vorsitzende des „Sustainable Development Solutions
Network“ (SDSN Germany) zu uns. Ich freue mich sehr, liebe Gesine, dass Du gleich
zu uns sprechen wirst. Ich bedanke mich bei den Bremer Philharmonikern, unserem
städtischen Orchester, für die musikalische Einstimmung auf das neue Jahr.



Meine sehr verehrten Damen und Herren,
zwei große Jubiläen werden wir in diesem Jahr feiern: Die Reformation und die Wiederbegründung unseres Landes. Am 31. Oktober jährt sich zum 500sten Mal der Beginn der Reformation. Ende vergangenen Jahres wurde Bremen zur „Reformationsstadt Europas“ ernannt. Die Reformationsfeiern sind zwar zunächst kirchliche Veranstaltungen, aber wir wissen, wie sehr Staat und Gesellschaft und auch Bremen und Bremerhaven von der Reformation und ihrer Wirkungsgeschichte geprägt sind. Die Menschen in unseren beiden Städten - ob sie einer Religion angehören oder nicht - besitzen unveräußerliche Grundrechte, die sie auch der Reformation verdanken. Wir werden in diesem Jahr eine Reihe interessanter Veranstaltungen und Ausstellungen in Bremen haben, die zeigen werden, wie sehr die Reformation die deutsche Geschichte geprägt und die Welt verändert hat. Und ich hoffe, dass wir das nun vor uns liegende Reformationsjahr auch dazu nutzen, das gute Zusammenwirken von Religionsgemeinschaften, Kirche und Staat auf den vielen gesellschaftlichen Feldern weiter fortzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Ein ganz anderes Jubiläum aber steht im Mittelpunkt dieses heutigen Empfangs: Vor 70 Jahren ist unser Land Bremen erneut begründet worden. Am 22. Januar 1947 hat der amerikanische General und Militärgouverneur in Deutschland, Joseph T. McNarney, verkündet, dass die Freie Hansestadt Bremen als selbständiges Land wiederhergestellt werde. Mit der Proklamation wurden in Bremen die Weichen für einen erfolgreichen staatlichen Neuanfang gestellt: demokratische Strukturen und Institutionen konnten wieder aufgebaut werden. Mit dem Beitritt der Stadt Wesermünde am 7. Februar 1947 knüpfte Bremen schließlich an Tradition und Gestalt der Freien Hansestadt an, wie sie bis zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich 1933 existiert hatte. Damit war die lebensfähige und historisch gewachsene Einheit gefunden, mit der sich die Menschen trotz aller Beschwerden der Nachkriegsjahre wieder identifizieren konnten. Und das ist bis heute so geblieben. 92 Prozent der Bremerinnen und Bremer leben gern im Land Bremen. Das geht aus der heute veröffentlichten Umfrage im Auftrag von Radiobremen hervor. Das ist ein ganz großartiger Wert! Dabei spricht sich auch die Mehrheit der Bremerinnen und Bremer - nämlich 55 Prozent - für ein eigenständiges Bundesland



Bremen aus. Nur 37 Prozent sind für eine Fusion mit Niedersachsen. Ich freue mich sehr darüber, dass sich die Menschen so wohl in Bremen und Bremerhaven fühlen. Wir sollten allerdings die Zustimmungswerte zum Erhalt unserer Eigenständigkeit auch zum Anlass nehmen, um noch einmal verstärkt die Vorteile unseres Stadtstaates für die Menschen herauszustellen. Denn unsere Standortstärke und die Lebensqualität in unseren beiden Städten sind vor allem ein Ergebnis unserer Selbstständigkeit! Ich bin davon fest überzeugt - und wir haben gute Argumente. Ein Teil der Menschen unseres Landes aber muss von diesem Zusammenhang augenscheinlich noch überzeugt werden. Daran lassen Sie uns gemeinsam arbeiten!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Anfang 1947 standen die Menschen in Bremen noch vor einer ungewissen Zukunft. Von der Kapitulation im April 1945 bis zur Annahme der Bremischen Landesverfassung im Oktober 1947 vergingen zweieinhalb schwierige Jahre, in denen um die Zukunft der Freien Hansestadt gerungen wurde. Vor 70 Jahren nahmen Menschen die Geschicke des Landes in die Hand, die eine freiheitliche, demokratische und zugleich auch eine sozial gerechte Ordnung schaffen wollten – so wie dies die bremische Landesverfassung in ihrer Präambel noch im gleichen Jahr zum Ausdruck brachte. Auch das gilt es - 70 Jahre später – nicht zu vergessen: Beim Aufbau der demokratischen Strukturen in Deutschland ging die Bildung der Länder der Geburt des Gesamtstaates voran. Die Länder waren in diesem Prozess die Grundlage des föderalen Gesamtstaates. Eine Tatsache, an die wir als Länder auch heute noch in Gesprächen mit dem Bund immer wieder erinnern müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn wir heute über 70 Jahre Selbstständigkeit unserer Freien Hansestadt sprechen, dürfen wir auch den Blick auf Europa und die Europäische Union richten. Bremen hat sich stets überzeugt und engagiert zu einem vereinten Europa bekannt. *Bremen und Europa* stehen auch für die zentralen Werte, die unser Denken und Handeln maßgeblich prägen: Weltoffenheit, Solidarität, Einheit in Vielfalt und friedliches Zusammenleben. Und heute brauchen wir dringender denn je ein Europa, das frei, sozial, solidarisch, human und bürgernah ist. Wir alle haben in den vergangenen Monaten verfolgen müssen, dass genau diese Werte, für die Europa



mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, zunehmend bedroht sind. Wenn ich heute auf Europa schaue, bin ich vor allem besorgt. Besorgt über die mangelnde Kraft, die zahlreichen Herausforderungen, der europäischen Idee folgend anzugehen und gemeinsam Lösungen im Sinne der Menschen zu suchen: Angefangen bei der Zukunft des Euro, über die Flüchtlingsfrage und die soziale Lage in Europa, bis hin zum Ausscheiden eines so wichtigen Mitglieds wie Britannien und dem Erstarren der Rechtspopulisten in vielen Ländern. Nationalistische Parteien versuchen von wirtschaftlicher Ungleichheit, terroristischer Bedrohung und der Herausforderung der Flüchtlingsbewegungen politisches Kapital zu schlagen. Vermeintlich einfache Lösungen haben wieder Konjunktur: Konzepte der Abschottung, der Ausgrenzung und der Entsolidarisierung. In Ungarn und Polen haben es Parteien nationalistischer Prägung bereits an die Regierungsspitze geschafft. In Frankreich oder den Niederlanden wittern die Rechtspopulisten Morgenluft.

Meine Damen und Herren,

Auch Deutschland ist davor nicht gefeit. Deshalb müssen wir wachsam sein, Stellung beziehen. Wenn im September der neue Bundestag gewählt wird, möchte ich im Ergebnis ein Parlament der Demokraten sehen! Und dafür ist es wichtig, dass sich die Menschen nicht abwenden, sondern wählen gehen. Vor allem die jungen Menschen liegen mir am Herzen. Ich erlebe viele junge Leute, die engagiert und motiviert sind. Aber ich erlebe in dieser Generation auch Verunsicherung, Gleichgültigkeit und Enttäuschung, die nicht selten in Ablehnung umschlägt. Für die Zukunft der Demokratie aber müssen wir vor allem junge Leute motivieren! Wir müssen sie überzeugen, dass sie mitverantwortlich sind für ihre eigene Zukunft. Die Diskussionen, die ich bspw. in der „Nacht der Jugend“ vor wenigen Wochen - als wir hier im Rathaus fast 2500 zumeist junge Menschen zu Gast hatten - geführt habe, stimmen mich zuversichtlich. Ich möchte deshalb unser 70-jähriges Jubiläum auch zum Anlass nehmen, in diesem Jahr mit einer Reihe von Aktivitäten gerade auch bei jungen Menschen für die Grundrechte, die unsere Landesverfassung gesichert hat, zu werben. Das ist gut für die Demokratie, es ist zugleich ein Signal gegen den Rechtspopulismus. Bremen hat hier viel zu bieten.



Meine Damen und Herren,

trotz der Herausforderungen, denen wir auch hier in Bremen und Bremerhaven in diesem Jahr gegenüberstehen, können und werden wir mit Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft gehen. Kurz vor Ende des letzten Jahres haben wir einen ganz entscheidenden Schritt gemacht, die Selbstständigkeit unseres Bundeslandes auch für die weitere Zukunft zu sichern. Mit der Einigung bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen hat unser Bundesland nun endlich wieder eine finanzpolitische Perspektive, um all seine Errungenschaften, Potentiale und Vorteile als Stadtstaat für seine Bürgerinnen und Bürger abzusichern und auszubauen. Durch die Neuordnung der Finanzbeziehungen werden wir ab 2020 487 Millionen Euro jährlich mehr erhalten. Viele haben daran gezweifelt, dass dies gelingt. Als Senat haben wir beharrlich und zielstrebig dafür gearbeitet. Es hat sich gelohnt! Diese Einigung hilft uns bei der Konsolidierung unserer Haushalte und lässt uns sogar mit dem Schuldenabbau beginnen. Und sie gibt uns neue Möglichkeiten unsere positive wirtschaftliche Entwicklung zu stärken, erlaubt notwendige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die Bildung und die Wissenschaft. Ich bin jedenfalls fest entschlossen, die wiedergewonnenen Gestaltungsspielräume zu nutzen, um durch eine vorausschauende Politik weitere Wachstumsimpulse für unsere beiden Städte freizusetzen.

Meine Damen und Herren,

die Diskussionen über Bremens Zukunft gewinnen langsam an Schwung, in Bremen und in Bremerhaven gleichermaßen. Und das ist auch gut so. Wir brauchen hierüber eine nach vorne gerichtete Debatte in unseren beiden Städten über diese wichtige Frage. Und wir brauchen eine breit getragene Zielperspektive für die „neue Zeit“ ab 2020. Aber wir wollen auch den notwendigen Respekt zeigen vor den noch anstehenden parlamentarischen Beratungen im Deutschen Bundestag und den Entscheidungen des Bundesrates. Deshalb müssen wir noch etwas innehalten. Danach aber brauchen wir eine zielgerichtete und fundierte Beratung. Nicht nur im Senat. Nicht nur in der Bremischen Bürgerschaft. Sondern in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, mit den Bürgerinnen und Bürgern. Das hat unseren Stadtstaat immer ausgezeichnet, dieser republikanische Wille. Gemeinsam und Zusammenstehen, wenn es um die Zukunft geht. Um Arbeit, Wohnen, Bildung, Sicherheit, ja das Leben



in Bremen und Bremerhaven. Deshalb brauchen wir für die Entscheidung über unsere Vorhaben und Projekte der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts die breite Einbeziehung der politischen und gesellschaftlichen Akteure unseres Landes. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Qualität der Vorschläge, die Akzeptanz und den Erfolg bei der Umsetzung. Ich werde dem Senat deshalb im Frühjahr einen konkreten Vorschlag unterbreiten, wie eine zukunftsfähige Perspektive für die Struktur- und Landesentwicklung erarbeitet werden kann. Nicht im stillen Kämmerlein, sondern – wie gesagt – breit angelegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Unser Bundesland war immer erfolgreich, wenn es alle Kräfte gebündelt hat, wenn es wirtschaftliches Wachstum und sozialen Zusammenhalt gleichermaßen im Blick hatte. Das wusste auch Wilhelm Kaisen, der als Präsident des Senats vor 70 Jahren für die Selbstständigkeit Bremens unbeirrt und erfolgreich gekämpft hat. Wir besitzen in Bremen ein festes Fundament von Freiheit, Verantwortung und bürgerlichem Engagement. Darauf bauen wir auch unsere weitere Zukunft auf!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.